

PRESSEMITTEILUNG

20.03.2018

Mieterschutz, der wirkt: SPD fordert Münchner Mietpreisbremse

München muss bezahlbar bleiben, das gilt vor allem beim Wohnraum. Dazu braucht es Mieterschutz, der wirkt. Während CSU und CDU im Bund eine wirksame Mietpreisbremse blockieren, will die Rathaus-SPD nun dort anpacken, wo die Stadt selbst handeln kann: Die SPD-Stadtratsfraktion fordert die kommunale Mietpreisbremse in München.

Die Stadt soll bei der Kappungsgrenze für Bestandsmieten ansetzen und Mieterhöhungen bei städtischen Wohnungen sowie Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und Gewofag begrenzen. Die Mieten sollen im Zeitraum von fünf Jahren nicht um mehr als zehn Prozent erhöht werden dürfen. Das ist eine deutlich strengere Regel als die übliche Kappungsgrenze, wonach die Mieten um 15 Prozent im Zeitraum von drei Jahren erhöht werden dürfen. Dabei ist zusätzlich noch zu beachten, dass die Mieten der Wohnungen von Stadt, GWG und Gewofag im Schnitt deutlich niedriger liegen als Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau. Durch die die städtische Mietpreisbremse bleiben diese dauerhaft bezahlbar.

Außerdem soll die Stadt eine Solidaritätskampagne starten und ein Label für vorbildliche soziale Vermieter entwickeln, das Vermieterinnen und Vermieter mit Anstand und sozialem Bewusstsein am frei finanzierten Wohnungsmarkt auszeichnet. Die soll nicht nur Privatpersonen, sondern auch vermietende Unternehmen zur Nachahmung auffordern.

Dazu sagt der SPD-Fraktionsvorsitzende **Alexander Reissl**:

„Wir wollen Mieterschutz, der wirkt. Als Stadt werden wir vom Bund alleingelassen mit einem Mietpreisbremserl, das wirkungslos ist. Die Preise steigen weiter. Wir wollen, dass sich die Münchnerinnen und Münchner ihre Stadt auch in Zukunft leisten können, die Mieten müssen bezahlbar sein. Darum fordert die SPD-Stadtratsfraktion, dass die Stadt dort, wo sie kann, mit gutem Beispiel vorangeht: Wir wollen die Münchner Mietpreisbremse. Die Stadt soll sich eine deutlich strengere Kappungsgrenze für Mieten in ihren Wohnungen und denen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften geben. Wir fordern Vermieterinnen und Vermieter am freien Markt, ganz ausdrücklich auch Unternehmen, dazu auf, diesem Beispiel zu folgen. Ein München, das lebenswert bleiben soll, muss auf seine Mieterinnen und Mieter schauen.“

Weitere Informationen:

Christian Pfaffinger, Pressesprecher der SPD-Stadtratsfraktion

Rathaus, 80331 München

Tel. (089) 233-92639 / Fax (089) 233-24599

christian.pfaffinger@muenchen.de / <http://www.spd-rathausmuenchen.de>